

Spangenberg Zeitung.

Ämtlicher Anzeiger
für die
Stadt Spangenberg.

Erscheint wöchentlich zweimal:
Mittwoch und Sonnabend nachmittag.
Bezugpreis vierteljährlich frei ins Haus
1,20 Mk., durch den Briefträger gebracht
1,20 Mk., monatlich 40 Pfg.

Allgemeiner
für Stadt

Telefon Nr. 27.

Schriftleitung, Druck u. Verlag



Anzeiger
und Land.

Telefon Nr. 27.

Sugo Muzger, Spangenberg.

Amtsblatt
für das
R. Amtsgericht Spangenberg

Anzeigen-Gebühr:
Die gefaltene Zeile oder deren Raum 15 Pfg.
für auswärtige 20 Pfg., Reklamzeile 30 Pfg.
Bei größ. Aufträgen entsprechenden Rabatt.
Anzeigen bis Vorm. 9 Uhr erbeten.

Nr. 52.

Donnerstag, den 1. Juli 1920.

13. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Ausgabe der Brot-, Fleisch- und Fettkarten.

Ausgabe der
Brotkarten Montag, den 5. Juli
Fleischkarten Mittwoch, den 7. Juli
Fettkarten Donnerstag, den 8. Juli
jeweils vormittags. Die Ausgabe findet im Rathaus statt.
Spangenberg, den 28. Juni 1920.

Der Magistrat,
Schier.

Erhebung der Landeskreditkassenzinsen.

Die Landesrenterei Melungen hat zur Erhebung der Landeskreditkassenzinsen, die am 1. Juli 1920 fällig werden, einen Termin auf Mittwoch, den 7. Juli, vormittags 8-12 Uhr in das Gasthaus Heinz hier anberaumt.
Spangenberg, den 26. Juni 1920.

Der Bürgermeister,
Schier.

Obstverwertungskursus für Damen in Oberwehren.

Auch im laufenden Jahre findet an der Obstbauanstalt der Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Cassel zu Oberwehren ein Obst- und Gemüse-Verwertungskursus für Damen statt. Der Kursus, der 6 Tage umfaßt, wird voraussichtlich vom 5. bis 10. Juli abgehalten. Dieser Kursus für Frauen und Mädchen verfolgt den Zweck, eine bessere und ausgiebigere Verwendung der Obst- und Gartenerzeugnisse — besonders in landwirtschaftlichem Haushalt — zu erreichen. Anmeldungen und Anfragen sind an die Obstbauanstalt der Landwirtschaftskammer zu Oberwehren zu richten.
Spangenberg, den 26. Juni 1920.

Der Bürgermeister,
Schier.

Offenlegung des Entwurfs des Haushalts-Voranschlags.

Der Entwurf des Voranschlags der Einnahmen und Ausgaben (Haushaltsplan) für das Rechnungsjahr 1920 liegt vom 2.—9. Juli 1920 im Magistratsbüro zur Einsicht der Gemeindeangehörigen offen.
Spangenberg, den 30. Juni 1920.

Der Magistrat,
Schier.

Nachreichung der Maße, Wagen u. Gewichte.

Im Kreise Melungen findet die periodische Nachreichung aller Maß- und Wiegegeräte im laufenden Jahre in der Zeit vom 24. Juni bis 28. August statt.

Alle Landwirte, Gewerbetreibenden, Großhändler, Genossenschaften, Konsumvereine, Fabrikbetriebe, sofern sie irgendwelche Erzeugnisse und Waren nach Maß oder Gewicht ein- oder verkaufen oder den Umfang von Leistungen (z. B. den Arbeitslohn) dadurch bestimmen, werden hierdurch aufgefordert, ihre eichpflichtigen Meßgeräte in dem Nachreichungstotal zu der vom Eichmeister demnächst festzusetzenden Zeit gereinigt vorzulegen. Ungereinigte Gegenstände werden zurückgewiesen. Beschlagsnahmen erfolgen nicht. Besonders mache ich auf die Eichpflicht der Landwirte aufmerksam.

Die Nachreichung nicht transportabler Meßgeräte kann auf Antrag beim Eichmeister gegen Erhebung eines Zuschlags zu den Eichgebühren am Standort erfolgen. Als Nachreichungstotal für Spangenberg, Bergheim, Giesdorf, Schnellrode, Waderode-Dinkelberg und den Forstgutbezirk Spangenberg ist die Gastwirtschaft Friedrich Stöhr hier bestimmt.
Spangenberg, den 26. Juni 1920.

Der Bürgermeister,
Schier.

Einkommensteuererhebung durch Lohnabzug.

Natural- und sonstige Sachbezüge sollen in Abänderung bisheriger Bestimmungen erst vom 1. August ab dem Steuerabzug unterliegen. Nähere Bestimmungen bleiben vorbehalten. Der Abzug vom Barlohn ist gemäß erlassener Bestimmungen vom 25. Juni ab durchzuführen.
Melungen, den 25. Juni 1920.
Finanzamt Melungen.

Aus der Heimat.

△ **Spangenberg, 30. Juni. Ferien.** Der hiesige Schulvorstand setzte den Beginn der Sommerferien auf den 17. Juli und der Herbstferien auf den 2. Oktober fest.

△ **Fest auf dem hohen Gras im Habichtswald.** Zur Erinnerung an das 80jährige Bestehen des hohen Grasturmes feiert der Hessische Gebirgsverein am kommenden Sonntag ein großes Volksfest. Auch der hiesige Zweigverein hat eine Einladung erhalten und wird einige Vertreter entsenden.

△ **Die 6. ordentliche Generalversammlung**, die gegenwärtig in Kassel tagt, entschloß sich zu der in der ganzen evangelischen Welt zu begehenden Feier des 400jährigen Gedächtnistages des 18. April 1521, an dem Dr. Martin Luther sich unumwunden auf dem Boden der nur innerlich gebundenen Gewissensfreiheit stellte.

△ **Privatschule.** Am 1. Juli tritt Fräulein Therese Sagert aus dem Lehrkörper der hiesigen Privatschule. Die Schule verliert in ihr eine äußerst tüchtige Lehrerin und Erzieherin, an der die Kinder mit großer Liebe und Verehrung hingen. Fräulein Sagert tritt aus, um sich demnächst zu verheiraten. Die besten Wünsche begleiten sie bei ihrem Weggange. In Dankbarkeit werden wir ihrer immer gern gedenken. An ihre Stelle tritt mit dem 1. Juli Fräulein Erna Brehm aus Schmalkalden.

△ **Neuer Kreisinspektor.** Dem Herrn Kreisinspektor Schmidt zu Rotenburg wurde die Aufsicht über sämtliche Schulen des Kreises Melungen übertragen. Dem bisherigen Kreisinspektor Schulz Suchsdorf zu Melungen wurde die hauptamtliche Kreisinspektion über die Schulen der Kreise Homberg-Frislar übertragen.

△ **Ebersdorf.** Unsere Gemeinde wurde von der Regierung aufgefordert, demnächst einen zweiten Lehrer anzustellen. Da die hiesige Schule über 100 Kinder zählt, wird die Gemeinde nicht umhin können, der Anforderung zu entsprechen. Sie wird es auch gern tun, eingebend des Erfahrungsmortes: „Das Geld in Schulen angelegt, die besten Früchte trägt.“

× **Cassel.** Die mehrhörten Vorgänge in jüngster Stadtvorordnetenversammlung haben die sämtlichen bürgerlichen Wähler Cassels zu einer gemeinsamen Abwehraktion gezwungen. In Schreiben an die städtischen Behörden haben sie auf das entschiedenste gegen die Beschränkung Einspruch erhoben.

△ **Cassel.** Drei jugendliche Einbrecher, der Fürsorgezögling Schmied J., der Arbeiter K. und der Bäcker L., sämtlich aus Cassel, fanden wegen schweren Einbruchs vor der Strafkammer. J. unter der Beschuldigung, einem Kaufmann W. eine Schreibmaschine und einen Fernsprechapparat, ferner in Gemeinschaft mit K. und L. dem Schreinermeister F. Ueberzieher, Angug und Weste aus der Wohnung gestohlen zu haben. J. erhielt ein Jahr drei Monate und K. ein Jahr Gefängnis. Die Verhandlung gegen L. mußte vertagt werden, da dieser wegen großer Ungerechtheit vernunftunfähig war.

△ **Cassel.** Das hiesige Wuchergericht hat den Arbeiter Friedrich Gröhe in Cassel wegen Schleichhandels und unberechtigter Schlachtung eines Kindes zu 3 Monaten Gefängnis und 3000 Mk. Geldstrafe, hilfsweise zu einem Tag Gefängnis für je 10 Mk. verurteilt. Die beschlagnahmten Gegenstände, etwa 50 Pfund Rindfleisch, werden eingezogen und dem Angeklagten die Kosten des Verfahrens auferlegt.

△ **Unterrieden.** Das vierjährige Kind des Zigarrenmachers Emil Schön schüttete sich beim Kaffeetrinken den fochenden Kaffee aus der Kanne über den Körper und erlitt so schwere Brandwunden, das es auf dem Wege zur Göttinger Klinik seinen Geist aufgab.

Fehrenbachs Aufnahme.

Eine vier Fünftel-Mehrheit im Reichstag?

Das Kabinett Fehrenbach hat sowohl im Reichstag als auch in der Presse eine außergewöhnlich rühmliche Aufnahme gefunden. Es hat sich den fast in allen Parteien die Erkenntnis herausgearbeitet, daß nun einmal regiert werden muß, daß jede deutsche Regierung während der Verhandlungen in Spaas sich auf eine große Mehrheit der Nation stützen können muß.

Der Reichskanzler hat den Parteien diesen Schritt besonders erleichtert. In seiner Programmrede war er sichtlich bemüht, alles Fremde aus unserem öffentlichen Leben auszuschalten und nur das Einigende zu betonen, wie es die Not des Vaterlandes erfordert. Das Ziel der Regierung ist eine Koalition der Parteien und des Ausgleichts auf politischem, sozialem und kulturellem Gebiet. Die Worte des Reichskanzlers, der sich selbst als ein Opfer seiner Auffassung von vaterländischer Pflicht bekannte, verfehlten nicht ihre Wirkung auf die Parteien.

Die Führer der Oppositionsparteien — Schele, Lemann (Soz.) und Herzog (Nat.) ließen bei aller Kritik deutlich erkennen, daß sie ihre Opposition so ange zurückstellen wollen, wie nicht etwa wichtige Grundzüge ihres politischen Programms in Frage kommen. Ja, der Führer der Deutschnationalen betonte ausdrücklich, daß seine Parteifreunde sich einem etwaigen Mißtrauensvotum gegen das Kabinett, wenn es von anderer Seite beantragt werden sollte, nicht anschließen würden und daß auch sie ihre Kräfte zur positiven Arbeit im Interesse des Vaterlandes zur Verfügung stellen. Erwähnung verdient auch die Äußerung des Hrn. Schele, daß in den Tagen von Spaas die Nation in ihrer erdrückenden Mehrheit hinter der Regierung stehe. Nur der Sprecher der Unabhängigen nahm gegenüber der neuen Regierung einen völlig ablehnenden Standpunkt ein, doch auch das Zentralorgan der unabhängigen Sozialisten, die Berliner „Freiheit“, muß zugeben, daß das Programm des neuen Kabinetts vieles enthalte, dessen Bewirkung nützlich wäre, und daß der Reichskanzler mit großem Nachdruck seinen Willen bekundet habe, nicht gegen die Arbeiterklasse, sondern mit ihr zu regieren.

So war, wie die „Germania“, das führende Zeitungsorgan Norddeutschlands, mit Genugtuung bemerkte, der äußere Verlauf und der Eindruck des ersten Auftretens der neuen Regierung ein so guter, wie man ihn nur von einem Kabinett erwarten konnte, das sich als Minderheitskabinett vorzustellen gezwungen ist und das für die unentbehrliche Zusammenarbeit zwischen Parlament und Regierung, für das verfassungsmäßig notwendige Vertrauen der Volkvertretung nicht zuletzt angewiesen ist auf das Verantwortungsgesühl in den Kreisen derjenigen Parteien, die außerhalb der Regierungskoalition stehen.

Dies Verantwortungsgesühl wird die Oppositionsparteien — wenigstens soweit Mehrheitssozialisten und Deutschnationale in Betracht kommen — aller Voraussicht nach auch beim Abschluß der Auseinanderlassung des Regierungsprogramms leisten lassen. Wie die „Köln. Zeitung“ erzählt, scheint bereits über die Form, in der der Reichstag seine Zustimmung zu der Kabinettsbildung geben soll, eine Verständigung erzielt zu sein. Es handelt sich um eine Erklärung, in der die Regierung ersucht wird, im Sinne ihrer parlamentarischen Darlegungen die Geschäfte zu führen. Dieser Entschluß werden voraussichtlich nicht nur die Sozialdemokraten, sondern auch die Deutschnationalen zustimmen, so daß die Regierung bei der ersten Abstimmung eine vier-Fünftel-Mehrheit erhalten würde, was im Hinblick auf die bevorstehende Eröffnung der Konferenz in Spaas sehr zu begrüßen und für die Stellung der deutschen Vertreter von großer Bedeutung wäre.

Letzte Nachrichten.

Neue Lebensmittellieferungen im Reich.

In Würzburg kam es am Montag zu schweren Lebensmittelunruhen. Vor dem Rathaus sammelte sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge an. Das Rathaus wurde von der Reichswehr besetzt, und diese ordnete die Menge an, den Platz zu räumen. Alles nicht geschah, gab die Reichswehr Feuer. Wie berichtet, sind mehrere Personen getötet und schwer verletzt worden. Zahlreiche Geschäfte wurden geplündert. Die Unruhen in Würzburg haben aufgeführt, es kam zu einer kleinen Schießerei in Ravensburg zwischen Aktivisten und Reichswehr, dabei gab es auf Seiten der Zivilisten einen Toten und etliche Verwundete.

In Gux haben kam es Montag abend zu Unruhen in der Nordbergsstraße. Die Polizei war achtsam. Die Küstenwehr wurde zu Hilfe gerufen. Sie griff aber nicht ein. Das Gewerkschaftsartell rübrte in Maueranschlägen die Zurückziehung des Militärs und der Polizei von der Straße und verbürgte sich für die Sicherheit der Stadt durch eigene Ordnung. In Hamburg ist der Montag ruhig verlaufen. Die Sperrungsmaßnahmen dauern an. Die Unruhen im Reichsausschuß haben aufgehört. Die Sicherheitspolizei ist über das ganze Land verteilt und größere Unruhen wurden in den wichtigsten Städten des Landes aufgeklärt.

Vor neuen Schwierigkeiten?

Regierungsprogramm und Entente.

In dem Augenblick, wo die Regierung sich dem nächsttag vorstellt und wo der Reichskanzler ein Programm der Verantwortlichkeit nach innen und außen entwirft, wurden von dem Minister des Auswärtigen Simons die drei — ihrem Inhalt nach bereits bekannt — Ententenotizen veröffentlicht, die stark auf dem Boden der Alliierten bestehen und auf die inneren Schwierigkeiten Deutschlands keinerlei Rücksicht nehmen. Ist, als ob die Regierung gleich die Größe ihrer Aufgabe hätte illustrieren wollen. Denn nun türmen sich bereits gewaltige Schwierigkeiten vor ihr auf.

Der Ton der Notizen macht es unmissverständlich, daß die Entente sich von dem präsentierten Skizzen irgend was abstreifen lassen wird. Sie hält an der Veränderung des Heeres auf 100 000 Mann fest und gettet als sehr fragwürdigen Ausgleich nur die Vergrößerung der Politzentrale auf 150 000 Mann. Diese Veränderung erklärte aber der Reichswehrminister Gehrke nicht durchzuführen zu können. Daneben verlangt die Entente die bedingungslose Auflösung der Sicherheitswehren, aber dieses Verlangen begegnet bei den deutschen Staaten, besonders Bayern, der heftigsten Opposition. Im Innern Lebensmittelumruhen in verschiedenen Teilen des Reiches, besonders im bayerischen Westen und in den Hansestädten, aber gar auch in Bayern, das von Norddeutschland aus gesehen bisher immer sozusagen als das Land der Sicherheit, dem Mühl und Honig fließt. Gegen den Lebensmittelmangel beginnt nun die Bevölkerung zur Selbsthilfe zu schreiten, nur leider mit dem sehr wahrscheinlichen Erfolg, daß die Ware vom Markt verschwinden wird.

So ziehen sich von allen Seiten bedrohliche Wetterwolken zusammen und man kann es dem Reichskanzler wohl nachfühlen, wenn er vor dem Reichstag erklärte, er sei auf seinem Platz nur als Opfer seines Pflichtbewußtseins stehe. Die nächsten Tage schon werden erkennen lassen, ob das Kabinett neben der Entente auch die Kraft und die Geschwindigkeit besitzt, die seine schwere Aufgabe von ihm verlangt.

Die deutschen Vertreter in Spa.

Wie im Vortexte des Reichstages mitgeteilt wurde, werden an den Verhandlungen in Spa voraussichtlich der Reichskanzler Lehrenbach, der Minister des Auswärtigen Simons und der Reichsfinanzminister Wirth teilnehmen. Ob nicht auch Reichswehrminister Dr. Gehrke nach Spa gehen wird, dürfte von der Lage der Dinge abhängen, und sich aus dem Verlauf der Konferenz ergeben. Wie das „Berliner Tageblatt“ erzählt, wird in Begleitung des Ministers des Auswärtigen Dr. Simons der Direktor der Rechtsabteilung im Auswärtigen Amt, Geheimrat v. Simson, nach Spa reisen. Beide haben den Friedensvertrag bis in seine kleinsten Einzelheiten studiert. Insofern wird die deutsche Delegation in Spa gut vertreten sein. Einige Sachverständige aus Wirtschaft und Finanzkreisen, die an den amtlichen Vertretern unterstützen. Die Zahl der deutschen Teilnehmer wird aber erheblich weniger sein, wie etwa in Versailles.

Die Abreise der deutschen Vertreter wird am 1. Juli abends erfolgen. Am Dienstag fand eine Ratung statt, die den ganzen Tag in Anwesenheit der deutschen Teilnehmer stattfand und deren Verhandlungsgegenstand ausschließlich Spa war.

Die Brüsseler Finanzkonferenz tritt am 2. Juli zusammen. Lloyd George und Millerand treffen bereits am Donnerstag dort ein.

Widerlegung auf Umwegen?

Allerbundesgericht über den Versailles Unmenschlichkeitsfrieden?

Der „Friede“ von Versailles ist ein Ergebnis der Kriegerung, mit der der damalige französische Präsident Clemenceau das zusammengebrochene Deutschland verfolgte. Nach einer Mitteilung seines besten Freundes, des Redakteurs und Abgeordneten Leclercq, hatten die Amerikaner unter Wilson und die Engländer Anfang 1919 vor, Deutschland folgenden Friedensvertrag aufzuzwingen: sofortige Zulassung Deutschlands zum Völkerbund; eine internationale Regelung nur für eine Dauer von 18 Monaten; die Kohlenruben im Saargebiet sollten nicht in die Hände Frankreichs übergehen, auch die dortige Bevölkerung keinem besonderen Regime unterworfen werden; Deutschland sollte nur 40 Prozent aller Steuern zahlen und an Gütern bezahlen, nach welcher Zahl die Hälfte der Entschädigungsummen in Papier zu zahlen; Desterreich sollte für darüber beschließen, ob es sich mit Deutschland vereinigen wolle.

Nach Cardiens Darstellung hat Frankreich es nur Clemenceau zu danken, daß die Friedensbedingungen nie voll unterschrieben werden mußten, diese entzettelten vor ihm zusammen, die jetzt unsere Zukunft bestimmen. Also offenbar ein reines Produkt der Nachkriegszeit. „Aber“, sagt Clemenceau, das große Kaiserreich ist nicht zu zerstören, das man im Lager von Versailles sich nach einem Ausweg umsieht, um der Entente sich von den härtesten Schwierigkeiten bei der Durchführung der Friedensbedingungen Herr zu werden. Zwei Lösungswege würden bei den Vorkonferenzen der Alliierten in Versailles in Betracht gezogen, hervorgerufen durch die Entente und durch die unheimliche Verwüstung der Länder und die Verwüstung der Bestimmungen des Vertrages auf juristischer Grundlage herbeizuführen.

Ein Appellgericht für alle Völker.

Nach französischen Zeitungen haben die im Haag versammelten Juristen des Völkerbundes beschlossen, daß alle Mächte, mögen sie Mitglieder des Völkerbundes sein oder nicht, die Möglichkeit haben sollen, an den Gerichtshof des Völkerbundes zu wenden. Ferner

würde beschloffen, daß der Gerichtshof des Völkerbundes ausschließlich sein soll, in allen Fragen zu entscheiden, die die Auslegung von Verträgen und des internationalen Rechts betreffen.

Hierzu würde, mit anderen Worten, Deutschland berechtigt sein, die Auslegung der Bestimmungen des Versailler Vertrages dem Gerichtshof des Völkerbundes vorzulegen. Wie bekannt, soll dies durch die Verpflichtung sein, daß sich die Juristen einig darüber seien, daß mehrere der Bestimmungen des Vertrages nicht durch erhalten werden könnten, so die Klausel gegen einen Zusammenstoß Deutschlands und Oesterreichs.

Polen in Gefahr.

Polnische Aushebung in Westpreußen und Posen.

Die Lage der Polen ist infolge der bolschewistischen Gegenoffensive trotz aller polnischen Bemühungen verheerend angefaßt. Der untrügliche Beweis hierfür ist ein Mobilisierungsbefehl des polnischen Kriegsministeriums für die ehemaligen preussischen Provinzen, eine Vergrößerung, wozu sich die polnische Regierung gerade jetzt vor der Abstimmung in Ost- und Westpreußen niemals entschloffen hätte, wenn sie nicht das Aeußerste in den Bestand der jungen polnischen Republik befürchtete.

Einziehung ohne Rücksicht auf die Nationalität.

Laut Anordnung des polnischen Kriegsministeriums werden im ehemaligen westpreussischen und posenschen Teilgebiet ohne Rücksicht auf Nationalität sofort zum Heeresdienst eingezogen: die ehemaligen Unteroffiziere in fremden Armeen der Jahrgänge 1890 bis 1895, einschließlich der Mannschaften, die in fremden Armeen oder beim Grenzschutz in der Kavallerie sowie bei der reisenden Artillerie ihre Dienstzeit verbracht haben. Ferner die Jahrgänge 1885 bis 1895, sowie die jungen Männer der Jahrgänge 1902 und 1905, die noch nicht gedient haben.

Ueber die Wirkung dieses Befehles wird dem „Berliner Tageblatt“ aus Thorn berichtet:

„Nach den Bekanntmachungen der Vereinigung der deutschen Volkstums in Polen hat die Anordnung zur Aushebung zum Heeresdienst große Verwirrung und Verärgerung hervorgerufen. Wer nicht im polnischen Heere Dienst leisten will, hat nur den Ausweg der Option. Infolgedessen entscheiden sich schon jetzt viele für Deutschland. Optionssammler, bei denen die Erklärung über die Staatsangehörigkeit abzugeben ist, sind noch nicht gebildet, doch wird als vorläufige Erklärung ein schriftlicher Verzicht vom Magistrat entgegengenommen.“

Alle diejenigen, die sich auf eine andere Weise dem Heeresdienst entziehen wollen, werden darauf hingewiesen, daß sie dadurch für die zurückbleibenden Angehörigen die schweren Schulden übernehmen. Durch eine Verfügung des polnischen Kriegsministeriums sind die Ausweise aller im heeresdienstpflichtigen Alter stehenden bis auf weiteres gesperrt; Herdendruckungen sind in allen Orten des ehemals preussischen Teilgebietes angeordnet.“

Umgebung der Bestimmungen des Friedensvertrages.

Bei den Warschauer Regierungskreisen wurden Vorstellungen erhoben, daß die Aushebungen ohne Rücksicht auf die Nationalität dem im Friedensvertrag vorgesehenen Optionsrecht widerspricht. Dieses Grundrecht ist im Artikel 91 des Friedensvertrages gesichert. Es heißt darin: „Innerhalb zweier Jahre vom Inkrafttreten des gegenwärtigen Vertrages an können die deutschen Reichsbürger, welche mehr als 18 Jahre alt sind und ihren Wohnsitz in einem der als polnisch anerkannten Gebiete haben, für Deutschland optieren.“

Die Anordnung des polnischen Kriegsministeriums konnte uns ferner nicht gelingener kommen. Allen Abstammungsberechtigten, die sich vielleicht bis jetzt noch im Inlandern gewesen sein mögen, soll nun die Entscheidung fallen, werden jetzt förmlich die Augen aufgeschaut. Diese Anordnung stellt alle polnischen Bedingungen, die immer von den russigen Behörden in der polnischen Republik zu erfüllen wurden. Wenn die Bewohner der früheren westpreussischen und posenschen Gebiete bis jetzt noch wenig von der „Verwaltungswirtschaft“ der Polen zu spüren bekommen, so rührt das daher, daß die Polen sich in Westpreußen und Posen ganz fernhalten in das warme Reich setzen konnten. Die Verwaltungsapparate funktionieren eben zur Zeit der Uebernahme durch die Polen tadellos, sie erhalten nur eine andere Färbung. Was nämlich ist aber auch hier ein Durcheinander und ein Verwirrung eingetreten, die manchen Polen anhängen von seiner Begierde, die den polnischen Behörden gebietet hat und ihm mehr als einmal die Besichtigung nach den alten russischen Verhältnissen wieder aufnehmen ließ. Die aufsteigende Bewegung gegen das polnische Mutterland wird noch wachsen, wenn der Mobilisierungsbefehl zur Durchführung gelangt. Wir fürchten, die Polen dürften in dem „befreiten Gebiet“ noch allerhand unangenehme Uebererraschungen erleben.

Ausbau des Reichsfunknetzes.

Funkzentrale mit Ostpreußen.

Zur Ergänzung des vorhandenen Drahttelegraphennetzes und zum Ersatz in besonderen Fällen, bei dem Waffendienstleistungen der Drabantenteile durch den weiten, durch gewalttätige Beschädigungen u. s. w., Reichspostministerium seit einem Jahre damit beschäftigt, ein über das ganze Reich ausgedehntes Reichsfunknetz zu schaffen.

Nach den augenblicklichen Entwürfen gehören hierzu die zum Senden und Empfangen eingerichteten Funkzentralen (Main, Heidecksheim, Hamburg, Dortmund, Frankfurt (Main), Heidecksheim, Hamburg, Bonn, Köln, Leipzig, Berlin, ferner auch Danzig. Weiter sind die ersten von den vorgesehene zwölf Funkzentralenstellen jetzt in Braunsberg, Breslau, Chemnitz, Königsberg, Danzig, Dortmund, Dresden, Düsseldorf, Duisburg, Elberfeld, Essen, Frankfurt an

Main, Halberstadt, Hamburg, Hannover, Königsberg (Pr.), Konstanz, Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Stettin und Stuttgart in Betrieb gesetzt. Das Reichsfunknetz ist in stetem Ausbau begriffen. Auch Bayern und Westfalen werden jetzt durch Anlagen zum Senden und Empfangsapparaten in München und Stuttgart an das Netz angeschlossen werden. Die Arbeiten zur Einrichtung der Funkstelle in Stuttgart sind bereits so weit gediehen, daß schon bald mit deren Inbetriebnahme zu rechnen ist; München wird ebenfalls in diesem Sommer in den einigen Tagen in Betrieb genommen werden können.

Auch in dem zur Zeit von der Entente besetzten Gebiet sind Funkstellen vorgesehen. Die internationalen Behörden haben aber vorläufig ihre Zustimmung zur Errichtung derartiger Anlagen im besetzten Gebiet verweigert.

Im dem angefaßten der polnischen Verhältnisse besonders wichtigen telegraphischen Bereich Ostpreußen mit den übrigen Reichsteilen vor dem polnischen Grenzgebiet unabhängig zu machen, hat das Reichspostministerium in Königsberg zwei Funkzentralen eingerichtet. Das Königsberger Telegraphenamt kann deshalb mit den entsprechenden ausgerüsteten Reichsfunkstellen einen Vierfach-Verkehr ansahen, d. h. zur selben Zeit zwei Funktelegramme nach einer beliebigen Funkstelle des Reiches abschicken und zu gleicher Zeit zwei Funktelegramme von irgend einer Funkstelle des Reiches aufnehmen. Der Hauptverkehr wickelt sich zum Teil zwischen Königsberg und Stettin sowie zwischen Königsberg und Berlin ab.

Politische Rundschau.

— Berlin, 29. Juni 1920.

Der vorläufige Reichspräsident tritt am 30. Juni im Gebäude des früheren preussischen Herrenhauses zu seiner ersten Tagung zusammen.

Der päpstliche Nuntius Mgr. Ruffini ist in Berlin eingetroffen, um dem Reichspräsidenten Ebert sein Beileid zu bezeugen. Er fährt in einigen Tagen nach München zurück, um noch die Verhandlungen über das neue bayerische Konordat zum Abschluß zu bringen.

Im Marburger Studentenprozeß hat der Reichsgericht gegen das freisprechende Urteil Berufung eingelegt.

Mit Ausnahme von München und Nürnberg wird in Bayern die Simultanerziehung nicht weiter eingeführt. Die nächsten Aufgaben des neuen Reichspräsidenten sind in der Rede des Reichspräsidenten angedeutet worden. Es ist eine Anzahl von Gesetzentwürfen in Vorbereitung, die in allerhöchster Zeit dem Reichspräsidenten zur Beschlußfassung unterbreitet werden dürfen, die die baldige Einbringung von Vorlagen zur Kranken-, Invaliden- und Unfallversicherung. Eine Vorlage über die Vergrößerung gegen Arbeitslosigkeit liegt dem Reichspräsidenten bereits vor und wird als ein dringendes Bedürfnis der sozialen Fürsorge eine beschleunigte Erledigung finden. In Anbetracht an das Reichswehrreformgesetz für die Kriegesbeschädigten soll inwieweit auch die Entscheidung derjenigen Personen möglichst geregelt werden, die nicht durch ihren militärischen Beruf, wohl aber durch Kriegshandlungen körperliche Schäden erlitten haben. Weiter sind abzuwickelnde Gebiete betrübend, der Auslands- und Kulturdeutsch, endlich der Weeber, die ihre Schiffe in der Gesamtheit opfern mußten, seit längerer Zeit in Vorbereitung; sie werden demnächst dem Reichspräsidenten vorgelegt werden. Auch zum Schutze von Leben und Gesundheit der Arbeit befinden sich Gesetze in Vorbereitung. Ebenso soll die Neuordnung einer sozialen Sondergerichtsbarkeit in Vorbereitung genommen werden.

Nach Verabschiedung des Vertriebsgesetzes durch die verfassungskonforme Nationalversammlung will man nunmehr der Frage der Bestrafterarbeit und eines Reichsarbeiterrates unverzüglich näher treten.

Die Regierung und Generalstabschefs. Die deutsche nationale Fraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht: „Nach umher“ „Herrn Minister, was für die Presse werden von den in der letzten Anken Vorbereitungen für ein „Generalstreik“ getroffen, der sich auch auf die Leber der wichtigsten Betriebe erstrecken und unter Umständen von den Volkswirtschaften durchgeführt werden soll. Aus den Interpellationen geht weiter hervor, daß der Generalstreik zum Zweck des gewaltsamen Inkraftsetzes der Verfassung geplant wird. Sind dem Reichskanzler diese Vorbereitungen bekannt, und was beabsichtigt er zu tun, um die der deutschen Bevölkerung aus den verheerenden Wüstnissen der Streikzeitung drohenden Gefahren abzuwehren, das Wirtschaftsleben vor völliger Lähmung zu bewahren und die Verfassung gegen die sozialverderblichen Wüstnisse zu schützen.“

Zurückgeschaltene Kriegsgefangene in Frankreich. Entgegen dem Friedensvertrage befinden sich 30 000 deutsche Gefangene in Frankreich. Der Reichspräsident hat die Regierung angewiesen, die Gefangenen nach Hause zu bringen. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Gefangenen nach Hause zu bringen. Die Regierung hat sich verpflichtet, die Gefangenen nach Hause zu bringen.

Die deutsche nationale Fraktion des Reichstages hat folgende Interpellation eingebracht: „Nach umher“ „Herrn Minister, was für die Presse werden von den in der letzten Anken Vorbereitungen für ein „Generalstreik“ getroffen, der sich auch auf die Leber der wichtigsten Betriebe erstrecken und unter Umständen von den Volkswirtschaften durchgeführt werden soll. Aus den Interpellationen geht weiter hervor, daß der Generalstreik zum Zweck des gewaltsamen Inkraftsetzes der Verfassung geplant wird. Sind dem Reichskanzler diese Vorbereitungen bekannt, und was beabsichtigt er zu tun, um die der deutschen Bevölkerung aus den verheerenden Wüstnissen der Streikzeitung drohenden Gefahren abzuwehren, das Wirtschaftsleben vor völliger Lähmung zu bewahren und die Verfassung gegen die sozialverderblichen Wüstnisse zu schützen.“

Rundschau im Auslande. Professor Freidrich Mautner will sich nach Wien begeben, um mit der Sozialregierung wegen des Wiener Vertrages der deutschen und österreichischen Gefangenen zu verhandeln. Österreichische Truppen sind in Banderna an der Grenze des Maximara-Gebietes gelandet worden, um das dortige Nationalitäten zu beschützen. Frankreich: Deutschlands Leistungen. Der frühere Außenminister Doumergue hat als Reichspräsident des Anmarschbüros der Ramm

Die **gute** Ware liefert **Höhl** : Etagengeschäft in **Cassel**, große **Rosenstr. 1211**

Infolge der betannten allgemeinen Teuerung bin ich genötigt, mit einer abermaligen Strompreis-Erhöhung an meine verehrten Abnehmer heranzutreten. Mit Wirkung vom 1. 7. 1920 kostet:

Licht die Kilowattstunde Mk. 2.--

Kraft die Kilowattstunde Mk. 1.50

Zählermiete (für 1 Monat) Mk. 1.50

Mit Wirkung vom 1. 8. 1920 bezahlen Abnehmer für eine Flamme einen Monats-Pauschbetrag von **Mk. 3.20**

G. W. Salzmänn.

Zentralverband deutscher Kriegsbeschädigter und Hinterbliebener
Ortsgruppe Spangenberg.

Monatsversammlung

am **4. Juli 1920**, nachm. **2 Uhr** beim Kameraden **G. Meiner** im **Katstaller**. Die von der Fürforgesetzte bezogenen Waren sollen verteilt werden. Nur die in der Versammlung Anwesenden können bei der Verteilung berücksichtigt werden.

Der Vorstand.

Deutsche Kernseife u. deutsche Feinseife

zu den behördlich festgesetzten Preisen, bei umgehender Auftragserteilung prompt lieferbar. — Zusendung erfolgt gegen Nachnahme oder Voreinsendung des Betrages.

Victor Wolf, Seifenfabrik, Schlüchtern.

Bekanntmachung.

Mit dem 1. Juli d. Js. fällt die hiesige Erhebungsstelle der allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Melsungen fort. Es sind vom genannten Tage ab, sämtliche An- und Abmeldungen, sowie Anträge auf Ueberweisung an Spezial- oder Zahnärzte, ferner Gesuche um Bewilligung von Brillen, Bruchbändern und sonstigen Heilmitteln usw. an die Allgemeine Ortskrankenkasse für den Kreis Melsungen in Melsungen zu richten. Kosten für vorher von der Kasse nicht genehmigte Leistungen werden gemäß § 2 der Krankenordnung, von dieser nicht bezahlt. Ebenso sind die Krankenscheine wöchentlich dorthin zu senden. Das Krankengeld wird durch Postcheck überwiesen. Die Beiträge bis Ende Juni — erstes Halbjahr — sind noch an die Erhebungsstelle in Spangenberg abzuführen. Die spätere Erhebung erfolgt durch die Hauptkasse in Melsungen.

Vorstand der Allgemeinen Ortskrankenkasse für den Kreis Melsungen.

(ausschl. Stadt Melsungen)

Offene Beine

Krampfaderleiden, Geschwüre, Salzfluß, Flechten usw. behand. ohne Operation und ohne Berufsstörung

Habermann,
Weilpragis f. Weinleiden
Cassel, Weissenburgstr. 5

Ecke Hohenzollernstraße
Sprechst. 9—1 u. 3—6,
Sonntags 10—1.

20jähr. Erfahrung.
Glänz. Dauererfolge.

Inserate

bis Dienstag Abend und Freitag mittag erbeten.

Offene Beine

alte bössartige Geschwüre, Flechten, Krätze. Gede Aussicht über Heilung ganz umsonst nur Nichtmarke erwünscht.

Aug. Streichert,
Wingingerode (Eichsf.)

Am Dienstag, den 6. Juli steht im Gasthaus zur „Stadt Frankfurt“ ein Transport

Ferkel und



Läufer Schweine

billig zum Verkauf.

Bierach, Melsungen.

Als Augen-, Hals-, Nasen-, Ohrenarzt

habe ich mich nach mehrjähriger Fachausbildung niedergelassen u. die Praxis von **Dr. Langenhan** übernommen.

Cassel, Leipzigerstraße 66, Erg. 1.

Sprechzeit: 10—12½, 3—5½

außer Samstag Nachmittag und Sonntag.

Dr. med. C. F. Schepp

40—50 Zentner gutes

Wiesenheu

zu kaufen gesucht.

Gest. Angebote an

Oestreich & Proehstel, Lackfabrik
Cassel-Bettenhausen.

Buchdruckerei

HUGO MUNZER

Fernruf 27

Rathausstr. 141.

Fernruf 27

Anfertigung von

DRUCKSACHEN

FÜR HANDEL, GEWERBE u. INDUSTRIE

in sauberer und geschmackvoller Ausführung zu angemessenen Preisen

Verlag d. Spangenger Zeitung

Gemischer Chor „Liederkränzchen“

Heute Abend 9 Uhr

Gesangstunde

Der Vorstand.

Für kleine Landwirtschaft und Haushalt

kräftiges Dienstmädchen

auf sofort gesucht.

Meldungen an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Arbeiter-Turnverein „Jahn“

Sonnab. nd, den **3. Juli**, abends 9 Uhr

Monatsversammlung.

Wegen der Wichtigkeit der Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder unbedingt erforderlich.

Schutzmittel

gegen

Maul- und Klauenseuche

Apotheke Spangenberg.

Jedes Quantum

Heidelbeeren

zu den höchsten Tagespreisen kauft

Brauns, Neustadt.

Hessischer Bankverein.

Aktiengesellschaft.

Abteilung Melsungen.

Erledigung aller bankmässigen Geschäfte.

Annahme von Spareinlagen zu günstigen Zinssätzen. An- u. Verkauf in- u. ausländischer Wertpapiere.

Aufbewahrung und Verwaltung von Wertpapieren.
Verlosungskontrolle, Stahlpanzerschrank.

Einziehung von Zins- u. Dividendenscheinen u. verlorster Wertpapiere.
Uebnahme von Vermögensverwaltungen.

Einrichtung von Scheckkonten zur Förderung des bargeldlosen Verkehrs.